Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 4gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbeförderung 20 Pf.

Nr. 80 | Dresden, Donnerstag den 8. April 1920 | 31. Jahrg.

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Republik

Die Besetzung von Frankfurt, Hanau und Darmstadt durch die Franzosen bestätigt wieder die unglaubliche Kurzsichtigkeit einer aus Haßgefühlen geborenen kleinlichen Rachepolitik, von der Frankreich trotz Clemenceaus Abgang nicht lassen zu können scheint. Diese Politik schaut nur immer nach dem nächsten Ziel, Deutschland zu demütigen, zu verletzen, zu quälen. Was weiter daraus entsteht, ist ihr gleichgültig.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Entente die Beseitigung der republikanischen Staatsform in Deutschland nicht ernsthaft will. Jedenfalls müßte von ihrem Vernunftsstandpunkt aus ihr jede andre Herrschaftsform in Deutschland unangenehmer sein. Ein bolschewistisches Deutschland würde für Frankreich und Italien die stete Gefahr eines Uebergreifens der Bewegung auf ihre eigenen Länder bedeuten. Die gegenrevolutionäre Restauration aber steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verbreitung des Revanchekrieges, das hat wohl der Kapp-Lüttwitz-Putsch zur Genüge bewiesen. Ein vernünftiger Franzose oder Engländer kann also gar nichts andres wünschen, als daß in Deutschland die Republik bestehen bleibt.

Mit ihrer Politik der kleinlichen Rachsucht setzen aber die Franzosen die Republik einer Belastungsprobe nach der andren aus. Sie braucht sich gar nicht offiziell in die innerdeutschen Verhältnisse einzumischen. Es genügt schon, daß sie mit Hilfe ihrer Siegermacht der Regierung Forderungen und Lasten auferlegt, denen diese nicht gewachsen ist.

So ist denn im Enderfolg das bisherige Wüten der Entente gegen Deutschland eine Schwächung der Republik geworden. Hätten wir in Deutschland eine andre Staatsform gehabt, so wäre diese genau so durch die Maßnahmen der Entente erschüttert worden. So aber trifft das Vorgehen der Entente speziell den republikanischen Gedanken.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die Verlängerung der Blokade, der Vernichtungsfriede von Versailles, die Vergeltungsmaßnahmen von Scapa Flow sowie für die Mißhandlung einzelner Ententeangehöriger durch unverantwortliche Elemente, das wochenlange Pressen in der Auslieferungsfrage, all das hat in Wirklichkeit die deutsche Republik viel mehr erschüttert, als es alle monarchistische Propaganda ohne diese Tatsachen getan haben würde. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch wäre nicht denkbar gewesen, wenn nicht die unentwegt feindliche Haltung der Entente gegen Deutschland Revanchegedanken und monarchistischen Restaurationsplänen den Weg geebnet hätte.

Dagegen waren das Erstarken der Revisionsbewegung in England und das endliche Nachgeben der Entente in der Auslieferungsfrage nicht unbeträchtliche Aktivposten für die Republik. Hätte die Entente auf ihre Auslieferungsforderung bestanden, so wäre der Militärputsch wahrscheinlich schon im Februar ausgebrochen und mit einer ganz andern moralischen Wirkung auf das Volk.

Wenn wir aber Hoffnungen hegten auf eine vernünftigere und maßvollere Politik der Entente gegen Deutschland, so sind sie nun durch den Einmarsch der Franzosen in das mittelrheinische Gebiet jäh zerstört worden. Den Franzosen war genau bekannt, daß die deutschen Truppenbewegungen im Ruhrgebiet sich in keiner Weise gegen Frankreich richteten, daß sie durch die Gebote der äußersten Not und der nackten Staatserhaltung bedingt waren, nachdem die Regierung Schritte auf Schritte unternommen hatte, um die Aufstandsbewegung ohne Blutvergießen und Truppeneinmarsch beizulegen. Der Sachverhalt ist so klar, daß eigentlich jedes Wort hier überflüssig ist.

Es scheint in Frankreich noch immer Leute zu geben, die keine größere Sehnsucht kennen, als sich am Anblick eines gänzlich in Trümmer gehenden Deutschlands zu weiden. Sie sollen sich erinnern, daß, wenn von zwei Nachbarhäusern die Wand an Wand aneinander lehnen, das eine unbedacht abgebrochen wurde, auch das andre den Halt verlor und zusammenstürzte. So können auch die vergnügten Zuschauer schneller als sie ahnen in den von ihnen veranlaßten Zusammenbruch hineingezogen werden.

Blutige Zusammenstöße

Wie sich jetzt herausstellt, ist der Einzug der französischen Truppen in das deutsche Gebiet doch nicht ohne Reibungen vor sich gegangen. So meldet ein in Paris veröffentlichter amtlicher Bericht die Entwaffnung eines in seiner Kaserne überraschten Bataillons der Frankfurter Sicherheitswehr. Im Laufe des Tages ist es dann in Frankfurt zwischen der Bevölkerung und der fremden Soldateska zu heftigen Zusammenstößen gekommen, die nach der Angabe der Rettungswachen bis jetzt 6 (nach andern Meldungen 10) Tote und 35 Verwundete forderten. Wir erfahren darüber folgendes:

Frankfurt a. M., 8. April. Gestern mittag gegen 1½ Uhr kam es an der Hauptwache, wo die Marokkaner postiert waren, zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Der marokkanische Oberbefehlshaber glaubte sich durch die große Menge, die sich angesammelt hatte, bedrängt und ließ ein Maschinengewehr aufstellen. Die Menge stob auseinander. Der Kommandierende gab Befehl zum Feuern. 7 Personen blieben auf dem Platze; es waren meist Kinder, die verwundet wurden.

Außer bei der Hauptwache ist es auch am Kaiserplatz zu Zusammenstößen mit den Franzosen gekommen. Nach der Meldung eines hiesigen Lokalberichterstatters sollen dort drei französische Soldaten niedergeschlagen und ein Offizier der Besatzungstruppen schwer verwundet worden sein.

Starke französische Patrouillen mit Tanks, Maschinengewehren und aufgepflanztem Bajonett durchziehen jetzt die Straßen Frankfurts. Die Bevölkerung ist in dichten Massen auf der Straße und äußerst erregt. Die Gerüchte von einer Räumung Frankfurts entbehren jeder Grundlage. Den Zeitungen ist das Erscheinen wieder gestattet unter der Voraussetzung, daß sie die Mahnung des Polizeipräsidenten zur Ruhe auf der Titelseite bringen. Die Schriftleitungen sind jedoch für jeden Artikel und für jede falsche Nachricht verantwortlich. Für Zuwiderhandlungen sind hohe Geldstrafen oder Inhaftnahme des betreffenden Schriftleiters vorgesehen. Der Telegramm- und Fernsprechverkehr, der vollständig geruht hatte, ist inzwischen wieder freigegeben. Auch der Bahnverkehr vollzieht sich wieder normal. Auch die Nachbarstadt Frankfurts, Offenbach, ebenso Homburg und Königstein sind von den Franzosen besetzt worden. Nach der Besetzung von Hanau ist die französische Rheinflottille dort eingetroffen. Der größte Teil der französischen Truppen, die Frankfurt besetzt haben, ist von Wiesbaden herangerückt. In Wiesbaden wurde am Montag abend, nachdem sich die dortigen Besatzungstruppen gegen Frankfurt in Marsch gesetzt hatten, der Belagerungszustand verhängt. Die französische Militärbehörde forderte gestern nachmittag vom Magistrat der Stadt Frankfurt zunächst für 230 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Bürgerquartiere, was darauf schließen läßt, daß sich die französische Besatzung auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

In Darmstadt erschien der französische Oberst Wimpffen beim hessischen Staatspräsidenten Genossen Ulrich und stellte sich als Träger der Verbindung zwischen der hessischen Regierung, der Bevölkerung, den Besatzungstruppen, dem französischen Oberkommando Mainz und der hohen Kommission in Koblenz vor. Der Staatspräsident wiederholte seinen Einspruch gegen die Besetzung, die er als unzulässig und ungerecht betrachten müsse, da sie mit dem Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen nicht vereinbar sei. Von Oberst Wimpffen wurde wiederholt zugesichert, daß die hessische Regierung in ihrer Amtstätigkeit und dem Verkehr mit den Reichsbehörden vollkommen frei und unbehindert bleibe, daß die Besetzung von Darmstadt sobald als möglich eine wesentliche Verringerung erfahren und daß nach Möglichkeit eine den Zuständen in dem bisherigen besetzten Gebiet entsprechende Lage geschaffen werden soll.

•

Ein Vierteljahr Besetzung

Frankfurt, 8. April. Wie aus Kreisen der Besatzungstruppen mitgeteilt wird, soll die Besetzung von Frankfurt, Darmstadt und den übrigen Orten auf die Dauer von drei Monaten vorgesehen sein. Die Besetzung Aschaffenburgs ist in Erwägung gezogen.

•

Das Abkommen vom 6. August

In Frankreich hat, nach Havas, die Entschlossenheit Millerands einstimmige Billigung gefunden. Deutschland wisse nun, daß die Franzosen zur Durchführung des Versailler Friedens vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken. Der Vertrag vom 6. August 1919, der von Foch unterzeichnet ist und Deutschland eine Besatzungstruppe in Stärke von zwanzig Bataillonen, zwei Batterien und zehn Schwadronen für die neutrale Zone zubilligt, laufe am 10. April ab. In vier Tagen also müßten sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Millerand erklärte Herrn Mayer in seinem gestrigen Schreiben, daß die Ausführung aufs schärfste überwacht werden würde.

Wie jedoch das Berliner Tageblatt von gutunterrichteter Seite erfährt, ist die Reichsregierung mit der Entente in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustabkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine stärkere Polizeitruppe dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu benötigen, begründet.

Frankreich mit der Besetzung einverstanden

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 8. April. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat in einer Sondersitzung am 6. April das Vorgehen der Regierung in der Besetzung einstimmig gebilligt. Die Sozialdemokraten erhoben keinen Widerspruch.

•

Millerands Rechtfertigungsversuche

Berlin, 8. April. Von informierter Seite erfahren wir, daß der französische Geschäftsträger de Marcilly gestern beim Minister des Aeußern Hermann Müller vorsprach, um im Namen der französischen Regierung zu erklären, daß diese nicht beabsichtige, Deutschland in dem Bestreben, Ruhe und Ordnung im Ruhrrevier herzustellen, zu hindern. Der französische Einmarsch habe den Zweck, Frankreich Sicherungen dafür zu geben, daß die Truppenansammlungen im Ruhrrevier sich nicht zu einer Bedrohung auswachsen. Die französische Regierung weist den Vorwurf zurück, daß ihrem Vorgehen ein Einmischen in innerdeutsche Angelegenheiten zugrunde gelegt werde.

Den französischen diplomatischen Vertretern im Auslande hat Millerand eine Zirkularnote gesandt mit der Aufforderung, den fremden Regierungen mitzuteilen, daß Frankreich nicht unter dem Eindruck deutschfeindlicher Gefühle handle. Die deutsche Regierung habe unter dem Druck der Militärpartei den Versailler Vertrag verletzt. Trotzdem hoffe Millerand, bald wieder normale Beziehungen auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Verkehrs mit Deutschland aufnehmen zu können.

•

Wilson warnt die Alliierten

Kopenhagen, 8. April. Wilson hat an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahren aufmerksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen für den Block der Alliierten und für die Lage in Europa bedeutet. Der Präsident stellt das französische Vorgehen in seiner Note dem Vorgehen Italiens in der Adriafrage gleich.

Amerikas Sonderfriedensaktion

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. April. Die amerikanische Regierung hat mit hervorragenden Führern des Senats eine Konferenz abgehalten, in der die künftige Stellung Amerikas und die Einleitung einer Sonderfriedensaktion erörtert wurde. Es ist der Beschluß gefaßt worden, Amerika solle unmittelbar nach Wiederherstellung des Friedenszustandes den alliierten Regierungen den offiziellen Antrag zugehen lassen, in dem eine Revision des Friedensvertrages gefordert wird. Amerika soll ferner vorschlagen, eine neue Friedenskonferenz einzuberufen. Maßgebende englische Kreise sollen diesen Forderungen zustimmend gegenüberstehen.

Wann sind die Reichstagswahlen?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. April. Die Meldung, daß die Neuwahlen zum Reichstag am 6. Juni stattfinden sollen, ist, wie uns von maßgebender Seite versichert wird, verfrüht. Ein Termin ist noch nicht beschlossen. In Kürze wird der Entwurf eines Reichstagswahlgesetzes der Oeffentlichkeit übergeben werden. Er beruht auf dem Kompromiß der Vorentwürfe B und C. Er sieht 122 Wahlkreise und 21 Verbandswahlkreise vor. Auf je 60 000 abgegebene Stimmen soll ein Abgeordneter entfallen. Es besteht die sichere Annahme, daß die Parteien die Absicht haben, die neuen Wahlkreise fallen zu lassen und durch die verfassunggebende Nationalversammlung eine Aenderung einzuführen, da dies ja auch durch die Ablehnung der durch den Friedensvertrag verlorengehenden Wahlkreise erforderlich wird.

Nun erst recht!

Die Parteien marschieren zum Wahlkampf auf. Die Deutschnationalen, Ortsgruppe Dresden, besorgen es im Inseratenteil der Dresdner Nachrichten mit einem Aufruf, der äußerlich pompös und innerlich oberfaul anmutet. Für tausend Mark Inseratengebühren suchen sie darin das politische Naturwunder zu beweisen, daß sie mit Kapp-Lüttwitz einerseits nicht einverstanden waren, anderseits aber **mit Kapp-Lüttwitz einverstanden sind!**

Nimmt man Satz für Satz her, so entpuppt sich der eine wie der andre als Schwindel und Verdrehung. Zwei Beispiele nur: „Was Kapp und Lüttwitz gewollt haben, entspricht zum guten Teil den Wünschen der großen Mehrheit des deutschen Volkes." In Wirklichkeit verkrachte Kapp innerhalb fünf Tagen am Widerstand der erdrückenden Mehrheit des Volkes! Der Hochverrat vom 13. März soll nichts weiter gewesen sein als die Revolution vom 9. November 1918. In Wirklichkeit war der 9. November keine Revolution, sondern ein Zusammenbruch der alten Staatsmacht draußen wie drinnen, und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellte sich (mit Einschluß der Deutschnationalen!) auf den Boden der neuen Tatsachen. Kapps Streich dagegen war der Versuch einer Handvoll verbrecherischer Reaktionäre, den Mehrheitswillen des Volkes zu zertrampeln!

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Deutschnationalen solche ethische Unterschiede politischer Geschehnisse je kapieren. Wir wollen an diesen zwei Beispielen der Oeffentlichkeit nur zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit von dieser Seite aus der Wahlkampf geführt werden wird. Es ist der Versuch einer engen armseligen Weltanschauung, über ihren Bankrott mit den armseligsten Mitteln hinwegzutäuschen.

Und so was von Aufruf überschreibt sich: „Nun erst recht deutschnational!" Den Kriegshetzern und Kriegsschuldigen von ehedem wird das Volk darauf wie ein Echo antworten: Nun erst recht deutschnational unten durch!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG